

Adalbert Stenzel

## UNDOGMATISCHE LOHNPOLITIK

---

Im Oktober-Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ veröffentlicht Dr. Pentzlin einen grundlegenden Aufsatz über Lohnpolitik unter der Überschrift „Auch heute noch stabile Löhne?“. Es spricht wohl für die von Dr. Pentzlin leider in seinem Schlußabschnitt bezweifelte undogmatische Haltung der Gewerkschaften, daß in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ ohne jede Dogmatik und Polemik so überaus wichtige gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Probleme auch von Arbeitgeberseite behandelt werden können.

Man kann Dr. Pentzlin nur zustimmen, wenn er für den Beginn einer konstruktiven Lohnpolitik die Grundsätze aufstellt, daß Schluß gemacht werden muß mit dem Kuhhandel um höhere Nominallöhne, auf die von Unternehmerseite in kurzer Zeit mit Preiserhöhungen oder in Krisenzeiten mit Entlassungen und Lohnsenkungen zu reagieren Übung war. Lohnerhöhungen, die durch Preissteigerungen ausgeglichen werden, bedeuten keine Lösung des Problems. Die Gewerkschaften lassen sich bei dieser Erkenntnis nicht nur von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten leiten, sondern es sind vor allem auch sozialpolitische Erwägungen, die die gewerkschaftliche Lohnpolitik seit 1948 in diese Richtung gedrängt haben. Unter den 47 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik sind 10 Millionen Renten- und Unterstützungsempfänger, für die eine Besserung der Lebenslage nicht durch Lohn- und Gehaltserhöhungen herbeigeführt werden kann. Eine Besserung der Reallöhne über Preissenkungen dagegen bessert auch gleichzeitig die Lebensmöglichkeiten dieser Bevölkerungskreise.

Der DGB begrüßt alle Maßnahmen, die auf eine Entchaotisierung und Neuordnung der Lohnverhältnisse insgesamt, aber auch in den einzelnen Branchen und wirtschaftlichen Bezirken abzielen. Das Ziel aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gewerkschaftsbewegung ist die Vollbeschäftigung und die Schaffung eines Reallohnes, der den Lebensstandard der arbeitenden Menschen insgesamt sichert. Deshalb treten die Gewerkschaften für die Überwindung der vermeintlichen Interessengegensätze zwischen den einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweigen ein. Und nicht zuletzt sind es auch Gedanken einer konstruktiven Lohn- und Produktionspolitik, die die Gewerkschaften bei ihren Forderungen auf wirtschaftliche Mitbestimmung leiten. Der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern würde auf dem Gebiet der Lohnpolitik durch eine echte, gemeinsame wirtschaftspolitische Verantwortung und Entscheidung ausgeglichen werden können.

Die Gewerkschaften dürfen wohl für sich in Anspruch nehmen, den Zusammenhang zwischen Sozialprodukt und Einkommen, zwischen Preis und Lohn stets im ganzen Umfange gesehen zu haben. Es wäre nur zu wünschen, daß man bei der Beurteilung des Lohnproblems weniger die Kostenseite, vor allem nicht in der alten, verzerrten und unwahren Form, sondern mehr die Leistungsseite in den Vordergrund stellte. Daß auch im Interesse einer klaren und guten Lohnpolitik alle Möglichkeiten der Rationalisierung ausgeschöpft werden müssen, hat Dr. Agartz für den Bundesvorstand des DGB am 26. September 1950 in Düsseldorf noch einmal mit allem Nachdruck bestätigt. Die Gewerkschaften sehen nur in einer Steigerung der Realkaufkraft der breiten Massen einen Erfolg ihrer Lohnpolitik. Nur dann sind den Unternehmern höhere Umsätze in einer krisenfreien, gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft gesichert.

Es wäre schon das Ideale, Preise und Löhne gleichzeitig stabil zu halten, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß Lohn- und Preisgefüge in sich selbst und untereinander wohlgeordnet sind. Wir können aber in Deutschland noch nicht von einem wohlgeordneten Lohngefüge sprechen. Es ist interessant, daß Dr. Pentzlin der Überzeugung ist, es müsse der in den USA propagierte und erprobte Weg einer Stabilisierung der Preise und einer Lohnerhöhung für eine Übergangs- und Angleichungsperiode beschritten werden, um die Voraussetzungen für eine Politik der stabilen Löhne und der Senkung der Preise zu schaffen.

Dabei müßte diese Möglichkeit einer Lohnerhöhung dazu benutzt werden, die vordringlich notwendigen Lohnkorrekturen im deutschen Lohngefüge durchzuführen. Das deutsche Lohngefüge hat sich noch nicht an das neue deutsche Wirtschaftsgefüge angeglichen. Dafür war das am 3. Mai 1945 übernommene und auf die deutsche Kriegswirtschaft eingestellte Lohngefüge zu lange gestoppt. Dafür bestand zu wenig Möglichkeit, während des Lohnstopp und nach ihm die notwendigen Korrekturen durchzuführen, um das deutsche Lohngefüge den neuen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend zu ordnen. Wir haben nicht nur eine wesentliche Umwandlung der deutschen Produktionsinteressen erfahren, sondern auch eine wesentliche Schwächung der deutschen Arbeitskräfte in den leistungsfähigsten Jahrgängen hinnehmen müssen. Darüber hinaus ist eine weitgehende Eingliederung weiblicher Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß nötig. Bedenklich ist die Verzerrung des deutschen Arbeitsmarktes durch die Massierung der Flüchtlingsgruppen in Gebieten, in denen ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß kaum oder nur unter größten Schwierigkeiten möglich ist.

Die Lohnpolitik leidet zweifellos auch. daran, daß zu viel falsche Rücksicht auf den Betrieb genommen wird, der, um im Sprachgebrauch Dr. Pentzlin's zu bleiben, den höchsten „Saustallkoeffizienten“ ausweist. Solange sich die Lohnpolitik in entscheidenden Produktionszweigen nach diesen Gesichtspunkten an den leistungsschwachsten Betrieben orientieren muß, sind alle Maßnahmen zur Wiederherstellung der Tarifwahrheit illusorisch.

Es ist eigentlich verwunderlich, daß Dr. Pentzlin glaubt, den Arbeitern und ihren Vertretern aus psychologisch begreifbaren Gründen keine andere Lohnpolitik zumuten zu können, als sie vor 1933 zu verzeichnen war. Wenn die neue, aufgeschlossene lohnpolitische Haltung der Gewerkschaften sich noch nicht so durchsetzen konnte, wie es im Interesse der deutschen Wirtschaft notwendig wäre, dann deshalb, weil die Arbeitgeberseite in immer stärkerem Maße versucht, die wirtschaftliche Mitbestimmung und Mitverantwortung der Gewerkschaften auszuschließen und Lohnpolitik ausschließlich nach den Methoden zu betreiben, die vor 1933 üblich waren. Lohnpolitik in dem neuen gewerkschaftlichen Sinne setzt voraus, daß man sich auf beiden Seiten am Verhandlungstisch über die Kostenlage der Betriebe absolut im klaren ist und daß man auf beiden Seiten im Gefühl der Gleichberechtigung und gleichen Verantwortung an die Lösung der Dinge herangeht. Es ist leider noch nicht herrschende Meinung, geschweige denn Allgemeingut der Unternehmermeinung, daß der Unternehmer auf die Dauer nur an hohen und höheren Löhnen verdient, und daß die soziale Frage nur durch eine wesentliche Vergrößerung des Sozialproduktes und seine gerechte Verteilung gelöst werden kann. Der Unternehmer sieht leider im Lohn von heute nur die Kosten von heute, wobei er sogar im wesentlichen dabei die Einstellung hat, daß ihn diese Kosten belasten. Der Unternehmer denkt bei uns zu wenig daran, daß der Lohn von heute der Umsatz von morgen ist, wie es Dr. Pentzlin richtig formuliert. Der deutsche Unternehmer sieht im Lohn nicht den Ausdruck der Kaufkraft, auf die er letztlich für das Gedeihen seines Betriebes angewiesen ist. Gerade in den letzten Tagen bringen Bank- und Handels-

informationen Hinweise auf die aus dieser Erkenntnis verständliche ernste deutsche Situation. Das für den Konsum in Westdeutschland verfügbare Einkommen gibt nur einen verhältnismäßig geringen Spielraum für notwendige und zusätzliche Einkäufe.

Ist es ein Zeichen für lohnpolitische Aufgeschlossenheit der Unternehmerseite, daß es auch in neu abgeschlossenen Tarifverträgen auf Druck der Arbeitgeberseite nicht möglich war, die Entlohnung der Frauen entsprechend Art. III Abs. 3 des Grundgesetzes festzulegen? Spricht es für die Aufgeschlossenheit der Unternehmerseite, daß es noch nicht möglich war, die aus einer völlig anderen politischen Gedankenwelt entstandene Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge durch eine echte Lehrlingsentlohnung in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien abzulösen? Spricht es für die Aufgeschlossenheit der Unternehmerseite, daß in den letzten Tagen ernstlich versucht wird, im 3. Refa-Buch Grundsätze festzulegen, die die Erkenntnisse gemeinsamer verantwortungsvoller Arbeit in den letzten 3 Jahren negieren und zu Grundanschauungen zurückgehen, die die Erfahrungen eines Menschenalters nicht anerkennen wollen? Wir können nicht daran glauben, daß der lohnpolitische Ausschuß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände das Prinzip der Lohnstabilität in einem aufgeschlossenen Sinn anerkennt. Gerade die Lohnstabilität, wie sie Dr. Pentzlin entwickelt hat, charakterisiert sich nicht in einer starren Haltung, sondern in der Anerkennung der Verpflichtung, notwendige Lohnkorrekturen und Lohnerhöhungen im Rahmen des Möglichen durchzuführen. Diese Möglichkeit generell zu verneinen, wie es die Vereinigung der Arbeitgeberverbände tut, kann deshalb nicht als Ausdruck wirtschaftspolitischer Aufgeschlossenheit gewertet werden. Gerade das, was Dr. Pentzlin ablehnt, Lohnstabilität als einen verkrampten und nicht durchführbaren Lohnstop aufzufassen, ist das Charakteristikum für die Lohnpolitik der Vereinigung der Arbeitgeberverbände. Es wäre wahrscheinlich nicht zu den hier und da aufgetretenen sozialen Spannungen bei den lohnpolitischen Auseinandersetzungen gekommen, wenn die generelle Meinung der Arbeitgeberseite nicht so doktrinär auf einen verkrampten Lohnstop festgelegt gewesen wäre.

Wir gehen in vielem mit Dr. Pentzlin einig, was er zu den verschiedenen Möglichkeiten einer Lohnpolitik sagt. Wir lehnen mit ihm eine Politik von Nominallohnerhöhungen ab, die in kurzer Zeit durch Preiserhöhungen illusorisch gemacht werden. Wir möchten aber nicht ohne weiteres die Anwendung einer sogenannten gleitenden Lohnskala als eine verfeinerte, verkürzende und wissenschaftlich verbrämte Abart von Nominallohnerhöhungen mit Preiserhöhungen kennzeichnen. Eine solche Kritik dürfte wohl kaum den ehrlichen Absichten ernst zu nehmender amerikanischer Versuche gerecht werden, deren Erfolg erst abgewartet werden muß. Zweifellos hat eine solche Lohnpolitik ein wesentliches, sozial beruhigendes Element in sich, das man für lohnpolitische Überlegungen ruhig in Rechnung stellen sollte. Auch ist u. E. der proportionale Lohn, der darauf abzielt, den Lohnanteil an den einzelnen Erzeugnissen trotz technischen Fortschritts im Interesse der Arbeiter stabil zu halten, kein Erfolg versprechendes System. Wir müssen zu einer Politik stabiler Löhne und Preise kommen, wobei das Ziel der Produktionsgestaltung die Senkung der Preise und eine Erhöhung der Realkaufkraft sein muß. Hierzu bedarf es in unserer Situation, wie vorher aufgezeigt, zunächst einer Stabilisierung der Preise und einer Erhöhung der Löhne, um die notwendigen Korrekturen im Lohngefüge und die Angleichung an das Preisgefüge herbeizuführen.

Die Kritik Dr. Pentzlin's an den Ausführungen von Dr. Agartz wird u. E. den Tatsachen nicht gerecht. Die ganze Konzeption der neuen gewerkschaftlichen Lohnpolitik erfordert eine gemeinsame Verantwortung für alle wirtschaftspolitischen Fragen, da der Lohn kein Ding für sich ist.

Daß die Gewerkschaften für eine planwirtschaftliche Konzeption eintreten und aus ihrer wirtschaftlichen Verantwortung auch für sie eintreten müssen, bedarf wohl keines besonderen Hinweises mehr. Natürlich ist es ihre Absicht, durch planwirtschaftliche Maßnahmen das deutsche Sozialprodukt zu vergrößern und durch eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes das Arbeitseinkommen der breiten Massen zu verbessern und die Lebenshaltung der sozial schwachen Menschen würdiger zu gestalten.

Es gibt niemanden in Gewerkschaftskreisen, der nicht anerkennt, daß sich seit der Währungsreform im Verbrauch auch der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte manches gebessert hat. Zahlen für die Verbrauchserhöhungen je Kopf der Bevölkerung an Zucker um 18 v. H., an Obst und Südfrüchte um 47 v. H., an Fleisch um 66 v. H., an Trinkvollmilch um 37 v. H., an Fetten um 73 v. H. usw. sind so ohne weiteres nicht überzeugend, genau so wenig wie die gewaltigen Leistungen einiger „Hennecke-Aktivisten“ aus der Ostzone überzeugend sind. Man muß nämlich bei diesen Zahlenangaben berücksichtigen, von welcher geringen Basis sie ausgehen. Fest steht aber, daß die unteren Einkommensbezieher keinesfalls in dem Maße an der Verbesserung der Lebensbedingungen teilnehmen, wie es der geduldige Rechenstift oft am „grünen Tisch“ errechnet. Jeder, der Verbindung mit den sozial schwachen Bevölkerungskreisen hat, weiß um diese Probleme, an denen man nicht mit Zahlenkonstruktionen vorbeizukommen versuchen soll. Es ist wirklich vonnöten, daß die offiziellen und inoffiziellen statistischen Ämter sich endlich zusammenfinden, um vertretbare Indexzahlen zu erarbeiten. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften wird zur Lösung dieser Frage seinen Teil leisten.

Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung mußte in ihrer Lohnpolitik auf ihre in den früheren Jahrzehnten gepflogene Kampfweise zurückgreifen, weil sich eine unerträgliche Situation entwickelt hat. Die wirtschaftliche und soziale Verantwortung, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor allem seit 1945 getragen hat, ist in der Optik der Öffentlichkeit noch nicht verschwunden. Die politische Situation schaltet aber wesentlich die gewerkschaftliche Mitverantwortung für entscheidende Entwicklungen aus. Insofern wird das Problem der Neuordnung und Demokratisierung der Wirtschaft vom DGB erstrangig gesehen. Eine neugeordnete Wirtschaft vermag erst die gesamte wirtschaftliche Verantwortung der Gewerkschaften auch für die Lohnpolitik zu fundieren. Wird diese Mitbestimmung und Mitverantwortung in der politischen Entwicklung ausgeschlossen, dann ist es nur natürlich, daß die Gewerkschaften - in eine neue Kampfstellung gedrängt - sich für ihr Recht einsetzen. Die Pentzlinische Konzeption einer neuen Lohnpolitik setzt die volle Mitverantwortung der Gewerkschaftsbewegung voraus. Diese Lohnpolitik erfordert, daß der Lohn als Kosten- und Leistungsfaktor im betrieblichen und wirtschaftlichen Geschehen voll beurteilt werden kann. Alles das ist in einer Wirtschaftsordnung nicht möglich, die das Recht auf eine gleichberechtigte Mitbestimmung der arbeitenden Menschen negiert. Die Gewerkschaften treten ein für eine Wirtschaft, die planvoll alles das lenkt, was gelenkt werden muß, und alles das dem freien Spiel der Kraft überläßt, was ohne Gefährdung des Allgemeinwohls sich im freien Lauf der Dinge selbst regelt. Die Gewerkschaften treten nicht für eine Wirtschaftspolitik ein, die auf die Vorteile echter Konkurrenz verzichtet. Die Gewerkschaften stehen wirklich ohne Dogmatik und ohne Weltanschauung zu den ordnenden Maßnahmen des Marktes und wünschen, daß nicht derartiges ihnen gegenüber wirksam ist. Maßstab aller wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen allein muß sein, das Sozialprodukt in gemeinsamer Verantwortung zu vergrößern, es gerecht zu verteilen und die Lebensexistenz der gesamten Bevölkerung sicherzustellen.